

„Klimapolitischer Offenbarungseid“

BUND fordert mehr Anstrengungen

Bremen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Bremen fordert vom Senat mehr Anstrengungen, um das selbst gesetzte Klimaschutzziel zu erreichen. Ein aktueller Bericht über die Entwicklung der CO₂-Emissionen im Land Bremen hatte gezeigt, dass 2013 der Schadstoffausstoß zwar gesunken, der Stromverbrauch aber angestiegen war. Die CO₂-Emissionen sanken um 7,4 Prozent, die Emissionen, die der Stromverbrauch verursachte, lagen 2,1 Prozent über denen von 1990.

„Die Mitteilung des Senats grenzt an einen klimapolitischen Offenbarungseid. Wenn es so weitergeht, werden 2020 nicht einmal zehn Prozent Kohlendioxid-Reduktion erreicht werden“, sagte Klaus Prietzel, Vorsitzender des BUND Bremen am Montag. Zwar seien auf Bundesebene diverse Weichen falsch gestellt worden, dennoch mangle es auch in Bremen an den notwendigen Anstrengungen. So soll nach Informationen des BUND das Bremer Wärmeschutzprogramm eingestellt werden.

Der Bremer Senat muss sich nach Meinung des BUND auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Verbrennen von Kohle zur Energiegewinnung beendet wird. Mit der SWB solle die Landesregierung dafür einen Ausstiegsplan entwickeln.

KAA
